

Bürger-Beirat soll Bäume schützen

Mehrheit im Bezirksrat Westliches Ringgebiet – Beispiel für den Bezirksrat in der Weststadt?

Von Jörn Stachura

Die Baum-ab-Aktion im Westpark zieht unerwartet weite politische Kreise: Auf Antrag der Grünen (wir berichteten) sprach sich der Bezirksrat Westliches Ringgebiet für einen Bürger-Beirat aus, der in Zukunft die Arbeit der Grünflächenverwaltung ganz kritisch unter die Lupe nehmen soll.

Passend zur Diskussion über neue Bezirksräte und Bürgerbeteiligung wurde im Westlichen Ringgebiet ein Pflock eingeschlagen. Erstmals sollen Bürger vorab prüfen dürfen, ob Baumfällaktionen der Grünflächenverwaltung Hand und Fuß haben. Und damit nicht genug. Der Beirat, auch das wurde beschlossen, soll ein Veto-Recht erhalten. Barbara Schulze (Grüne): „Das Veto-Recht mag strittig erscheinen. Doch wenn sich Bürger engagieren sollen, dann nicht nur, um über Baumschutz zu reden, sondern um zu entscheiden. Alles andere macht keinen Sinn.“

Die Grünen hoffen nun, dass der Wunsch des Bezirksrat Westliches Ringgebiet auch im Bezirksrat Weststadt Schule macht. Schulze: „Der Baumschutz im Westpark geht schließlich beide Bezirksräte etwas an, und Bürger aus beiden Bezirken hatten protestiert.“ Die Krux: Die Grünen sind im Bezirksrat Weststadt nicht vertreten. Darum hoffen sie, „dass die SPD einen entsprechenden Antrag in den Bezirksrat Weststadt einbringt“. Die Sozialdemokraten hatten im Westlichen Ringgebiet gemeinsam mit den Grünen und der PDS für eine Mehrheit



Standen im Westpark die Bäume zu dicht? Rechtfertigt der Blick auf Lehdorf das Fällen von insgesamt 600 Bäumen? Politik, Verwaltung und Bürger streiten darüber. Ein Beirat soll es in Zukunft richten. Foto: David Taylor

ne SPD/FDP-Mehrheit.

Nach Meinung der Grünen sei aber nun auch die Verwaltung am Zuge, um dem Bezirksrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der gewünschte Beirat aussehen könnte. Beispielgebend könnte der Sanierungsbeirat im Westlichen Ringgebiet sein. In ihm sind Politik und Bürger vertreten und diskutieren Projekte des Förderprogramms Soziale Stadt. Die Grünen würden im Baumschutz-Beirat aber auch gerne Vertreter von Nabu, BUND und der

Wie Barbara Schulze sagte, „müsste der Beirat wohl nur ein- oder zweimal im Jahr tagen. Denn während der Vegetationsphase findet gewöhnlich kein Baumschnitt statt.“ Weil nur selten getagt würde, „wäre der Beirat ideal für Bürgervertreter, die sich ganz projektbezogen für unsere Stadt engagieren wollen“.

Die CDU im Westlichen Ringgebiet hatte gegen den Baumschutz-Beirat gestimmt. Zu den Gründen sagte Waltraut Ochmann: „Das eigentliche Problem lag darin, dass die

her Bürger und Politik zu informieren. Im Vorjahr war das anders.“ Nach ihren Informationen sei das Baumfällen im Westpark auch nicht unverhältnismäßig gewesen: „Experten versicherten, die Bäume hätten zu dicht gestanden. Ein Ausdünnen sei darum absolut notwendig gewesen.“ Zudem sei die CDU strikt gegen ein Vetorecht des Beirats: „Die Grünflächenverwaltung weiß, was sie tut. Darum ist der Baumschutz aus unserer Sicht auch kein Thema, an dem die Bürger beteiligt werden